

(Unkorrigiertes Manuskript.)

G. Grass: Meine jungen Damen und Herren, die Sozialdemokratische Wählerinitiative hat gleich zu Beginn der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition dem Bundeskanzler einen Vorschlag unterbreitet, nämlich diesen, von Zeit zu Zeit die Jugendpresse zu Pressekonferenzen zu bitten. Das ist bisher ein einziges Mal passiert, unserer Meinung nach damals zu einseitig nur auf die Schülerredakteure der Oberschulen konzentriert, diesmal haben wir versucht, soweit das möglich war, Redakteure von Oberschülerzeitungen und von Berufsschulen zusammen einzuladen. Dabei wurde uns auch deutlich, wie wenig Schülerzeitungen es in Berufsschulen überhaupt gibt und wie sehr die Situation dort im Argen liegt und wie förderungswürdig sie im Grunde ist.

Bei der ersten Pressekonferenz, auch damals lag ein außenpolitischer Anlaß vor, konzentrierten sich die Fragen allzusehr auf Außenpolitik. Anwesende Berufsjournalisten nutzten die Situation, und wenn ich mich recht erinnere, war der Bundeskanzler sogar etwas überrascht über die lammfrommen Fragen, die auf ihn zukamen. Vielleicht wird es diesmal etwas lebhafter, zumal, wie ich sehe, sich die Fragen in erster Linie auf die Innenpolitik konzentrieren.

Es ist nun so gelaufen, daß sich die eingeladenen Gäste gestern über die Thematik und über die Fragen, die sie vorbringen wollen, abgesprochen haben, und es sind ja viele gekommen, um diese Fragen zu beantworten. Zu aller erst der Bundeskanzler, dann die Minister Ehmke und Dohnanyi, der Staatssekretär Ehrenberg und der Ministerialdirektor Fichtner vom Jugendministerium.

Herr Ulrich Fischer, Bundesvorsitzender der Deutschen Jugendpresse wird nun kurz Bericht geben, wie gestern die Thematik zustande gekommen ist.

U. Fischer: Ich begrüße sie also, guten Morgen. Die jugendeigene Presse ist in einer ganz anderen Situation als die Presse, die täglich erscheint, die kommerzielle Presse. Um diese Situation zu berücksichtigen und aufzuarbeiten, hat es einiger Zeit bedurft, und um eine Gruppe herzustellen, wie sie hier in Bonn selbstverständlich sind, weil die Journalisten hier ansässig sind, brauchten wir einige Stunden. Wir haben gestern bis in die Nachtstunden zusammen gearbeitet, um ein gemeinsames Konzept herauszubekommen. Die aktuellen Fragen haben wir im allgemeinen im Hintergrund gelassen, weil die Schülerzeitung nur eine begrenzte Aktualität hat, die Lehrlingszeitung natürlich auch; sie kommen nämlich im allgemeinen nur viermal im Jahr heraus. Wir wollen jetzt also in Ergänzung zu den Fragen, die die Tagespresse sonst stellt, und die wir der Tagespresse entnehmen können, Fragen stellen, die sonst nicht an den Bundeskanzler gestellt werden, die uns interessieren, die unsere Leser interessieren. Ich glaube, das ist al-


uns interessieren, die unsere Leser interessieren. Ich glaube, das ist alles, was dazu zu sagen ist. Ich würde vorschlagen, daß wir nach der Tagesordnung, die wir gestern und heute ausgearbeitet haben, jetzt vorgehen.

G. Grass Das Wort hat zu Anfang der Bundeskanzler.

W. Brandt: Meine Damen und Herren! Ich habe zu Anfang gar nicht viel zu sagen, außer zu erklären, wie das mit meinen Terminen heute aussieht. Wenn sie es für einen Vorteil halten, daß ich dabei bin, dann haben sie es in erster Linie Günther Grass zu verdanken, der mich gestern abend angerufen hat, denn ich wußte nicht, daß dieser seit langem abgesprochene Termin am Tag nach der Verabschiedung der Verträge im Bundestag liegen würde, weil sich die verschoben hatte. Und ohne das wichtiger zu nehmen, als es ist, ist es mit einer ganzen Menge Arbeit heute verbunden. Ich versuchte also, nicht mich zu drücken, sondern die Frage aufzuwerfen, ob das nicht Kollegen aus der Regierung für mich machen könnten, und Günther Grass hat mich davon überzeugt, daß ich, wenn auch nicht die ganze Zeit, aber jedenfalls hier mit dabei sein sollte. Daraus ergibt sich meine Frage oder auch Bitte, ob man also dies etwas berücksichtigen kann, denn Fragen, die die Bildungspolitik betreffen, die kann ich natürlich auch beantworten. Klaus von Dohnanyi kann sie noch besser beantworten als ich. Es gibt auch, wenn sie also die sehen, die hier am Tisch sind, vermutlich einige Fragen, die sie lieber an mich stellen wollen als an die anderen hinterher. Jedenfalls werde ich nicht die ganze Zeit dabei sein können. Vielleicht kann man die Fragen daraufhin etwas sortieren.

Ich möchte noch eine andere Bemerkung vorweg machen. Wenn ich zu Versammlungen im Lande bin, während Wahlkämpfen, oder auch sonst, dann erlebe es häufig, daß Redakteure von Schülerzeitungen oder Jugendzeitungen mit ihrem kleinen Apparat kommen und, häufig abgedrängt von den Veranstaltern, so am Schluß einer Veranstaltung sagen, ob sie nicht auch ein oder zwei oder drei Fragen beantwortet bekommen können. Häufig geht es dann garnicht, weil man verplant ist. Man muß also dann ins Auto, man muß zum nächsten Termin. Selbst dort, wo dann fünf Minuten dafür übrigbleiben oder zehn - das wollte ich hier einmal ganz offen sagen - ist diese Form der Interviews, glaube ich, für alle Beteiligten nicht befriedigend. Ich kann verstehen, daß jemand, der eine Jugendzeitung macht, ganz gerne - mancher jedenfalls - sagen will, er habe etwas Besonderes, ein Exklusivinterview mit dem Bundeskanzler. Aber bei so gedrängten Terminen - wie ich sie eben beschrieben habe - am Rande einer Versammlung - eine Schülerzeitung hat das neulich als Interview wiedergegeben, daß ich auf die Frage, ob ich die Ju-

gendpresse für wichtig halte, mit Ja geantwortet hätte. Dies ist also dann ein Sonder- und Exklusivinterview. Das ist ein extremer Fall. Ich sage es auch deshalb, um vorsorglich darauf hinzuweisen, daß, wenn ich in dem einen oder anderen Fall eben sagen muß, das hat garkeinen Sinn, über ernste Fragen sich in fünf Minuten zu unterhalten - dann hat keiner von uns etwas davon - dann ist das keine Geringschätzung der Arbeit, um die sie sich bemühen. Dann ist es manchmal mit dem schriftlichen Interview immer noch besser. Denn das wissen meine Mitarbeiter hier, das ist dann nicht so, daß das jemand anders für mich abschickt, sondern so etwas gucke ich mir selbst an. Das hat den Vorteil, daß man es sich dann eben doch genauer überlegen kann, jedenfalls ab und zu, was drin steht. Aber jetzt will ich mich nicht hier weiter produzieren, sondern will also, was mich selbst angeht, sagen, daß das Feuer freigegeben ist.

Sind Verhandlungen mit der Opposition im Gange über die Möglichkeit von Neuwahlen? 

W. Brandt: Verhandlungen kann man das nicht nennen, was im Gange ist, aber das Thema ist in der Erörterung. Da will ich allerdings gleich hinzufügen, daß ich denen nicht folgen kann, die in einer schwierigen parlamentarischen Situation glauben, man käme aus allen Schwierigkeiten heraus, wenn man - so etwas kann sich in anderen Situationen auch wiederholen - dann immer gleich Neuwahlen macht. Ich hätte sie selbst sehr gerne. Das ist garkeine Frage. Ich hätte sie sogar am liebsten noch gerne gehabt, bevor über die Verträge abgestimmt worden wäre. Aber wir müssen eben davon ausgehen: Unser Grundgesetz ist im Grunde so angelegt, daß es Neuwahlen bewußt schwer macht. Es gibt Länder mit einer guten und starken demokratischen Tradition - ich habe in einem solchen während der Kriegsjahre zum Teil gelebt - dort ist eine Auflösung des Parlaments überhaupt nicht möglich, sondern ein Parlament hat vier Jahre zu arbeiten und gefälligst fertig zu werden mit den Aufgaben, die ihm gestellt sind, auch wenn die Regierung zeitweilig oder während einer ganzen Legislaturperiode keine Mehrheit hat. Unser Grundgesetz - um das noch hinzuzufügen - sieht ja ausdrücklich den Fall vor, daß eine Regierung einmal in die Minderheit gerät. Insofern verstehe ich die Meldungen darüber nicht, daß die Regierung nicht die Mehrheit der Mandate hätte. Das sieht das Grundgesetz genau vor und sagt, für diesen Fall sollen die, die glauben es schaffen zu können, einen anderen Kanzler wählen. Das ist mit dem Begriff konstruktives Mißtrauensvotum gemeint. Und wenn sie das nicht schaffen, dann hat die Regierung, die gewählt ist, oder der Kanzler, genauer gesagt, der gewählt

ist, mit der Regierung die Pflicht, auch unter schwierigen Umständen zu regieren und das nicht hinzuschmeißen. Denn das kommt noch hinzu, aber das ist eine sehr subjektive Wertung, geb ich zu, eine noch so starke Gruppe im Bundestag, die, wie sich gezeigt hat, zwar einen Kanzler wählen wollte, es aber nicht konnte, und die zweitens in einer Frage, von der Herr Kiesinger gestern nachmittag zu Recht sagte, sie sei eine Schicksalsfrage, sich zu nicht mehr durchringt als zu einer Enthaltensamkeit, vom Alleinvertretungsanspruch zum Alleinenthaltungsanspruch in der deutschen Politik, die kann nicht die Staatsgeschäfte blockieren wollen. Das ergäbe keinen Sinn.

So, was haben wir jetzt gemacht: Am 27. April - das war der Tag, an dem das mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum nicht reichte - da hatte ich nachmittags Herrn Barzel und seinen Begleiter von der anderen Fakultät dort, Herrn Stücklen, zu mir gebeten, mit Herrn Scheel auf meiner Seite, und habe die Frage gestellt: Wollen wir nicht miteinander überlegen, ob wir auf anständige Weise, nämlich ohne das Grundgesetz hier jetzt ad hoc ändern zu wollen, den Weg miteinander frei machen für Neuwahlen. Fehlanzeige. Allerdings hat Herr Barzel dann im Fernsehen am selben Abend erklärt, Neuwahlen wären ihm die sympathischste Lösung. An jenem nächsten Tag - das war der 28. April - habe ich im Bundestag eine Erklärung abgegeben und gesagt, die Parteien, die Fraktionen sollten miteinander reden darüber, ob nicht Neuwahlen der Ausweg wäre. Ich habe allerdings gleich hinzugefügt, ein Patentrezept ist es nicht. In den meisten europäischen Ländern lebt man heutzutage mit knappen Mehrheiten. Das könnte bei uns auch bei Neuwahlen herauskommen. Das Risiko würden wir laufen, Abends am 28. April hatte ich die Parteivorsitzenden, da nach Verhandlungen gefragt war, bei mir im Bungalow und habe ein Geschäft - sage ich jetzt einmal etwas salopp - vorgeschlagen. Ich habe gesagt, ich helfe euch CDU-Leuten, indem ihr die Verträge - ihr müßt hier ein bißchen mithelfen - vom Tisch kriegt, denn die möchtet ihr ja gerne vor Wahlen vom Tisch haben, weil ihr die Wahl lieber über andere Themen führen wollt, und ihr helft mir dabei, daß wir dann Wahlen kriegen. Fehlanzeige. Am 3. Mai habe ich bei der Fortsetzung dieses Gesprächs der Partei- und Fraktionsvorsitzenden formuliert, die Frage aufgeworfen: Ist der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU ---

Können sie es knapp formuliert sagen, weil wir noch weitere Fragen haben?

W.Brandt: Ich kann einen solchen Vorgang entweder darstellen oder nicht, aber ich kann ihn an dieser Stelle auch abbrechen und sagen, es hat bisher keine Bereitschaft gegeben. Neuerdings hat Herr Strauß auch, wie man

in der Zeitung heute lesen kann, den Gedanken der Ergänzung des Grundgesetzes abgelehnt. Das könnte aber nur mit Zweidrittelmehrheit ergänzt werden, um auf diese Weise zu einem Eigenauflösungsrecht des Bundestages zu kommen.

G. Grass: Wir haben hier, das habe ich vorgeschlagen bekommen, einen Themenkatalog. Ich rufe, und bitte darauf Rücksicht zu nehmen, daß in erster Linie jetzt Fragen an den Bundeskanzler gerichtet werden, zu den Themen auf, die in erster Linie der Herr Bundeskanzler beantworten sollte. Der erste Bereich ist Innenpolitik.

Frisländerrecht

1. Frage: Herr Bundeskanzler, wir beziehen uns in der folgenden Frage auf die letzte Ausgabe der Zeitschrift PARDON und bringen repräsentativ ein Beispiel über das Schicksal eines in der BRD politisch aktiven Ausländers. Ich zitiere aus PARDON: "Zu den namenlosen, deren Zahl im Dunkeln gehalten wird, gehört Philipp Menelaos aus Haiti. Er kam in die Bundesrepublik um zu studieren und arbeitete, als aus politischen Gründen sein Stipendium eingezogen wurde, als Vertreter, um niemanden zur Last zu fallen. Das ist laut Ausländergesetz dem liberalsten Europa verboten. Das Haiti des blutrünstigen Diktators Duvalier und seines gerade 20jährigen Sohns entzogen Philipp schließlich auch noch den Paß. Das alles reichte dem Amtsgericht Erding/Oberbayern den Farbigen 11 Monate in Abschiebehaft zu sperren. Als dann schließlich ein Anwalt für den vermeintlich Inhaftierten aktiv wurde, kam die Rechtsanwaltspost aus dem Gefängnis zurück; Vermerk: Zurück an den Absender, verzogen nach Haiti. Von Philipp Menelaos aus Haiti hat seitdem niemand mehr etwas gehört."

Jetzt stelle ich dazu eine konkrete Frage: Vor 39 Jahren flüchtete ein Antifaschist namens Herbert Fram ins Exil nach Norwegen und Schweden, um von dort aus gegen die Nazis zu kämpfen. Bleibt die Frage offen, ob dieser Mann jemals als Willy Brandt zum Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger gewählt werden können, wenn die norwegischen und schwedischen Ausländerbehörden damals gegen politisch engagierte Ausländern nach den gleichen Maximen verfahren hätten, wie es heute die deutschen Behörden tun.

W. Brandt: Ich kann mich zu einem Fall nicht äußern, den ich nicht kenne. Ich kann mich zu einem Fall nur äußern, wenn ich ihn geprüft habe oder habe prüfen lassen. Ich bin aber gerne bereit, dem nachzugehen und ihnen daraufhin Antwort zu geben. Es gibt, um das einmal zu sagen - damit beziehe ich mich jetzt nicht auf einen Einzelfall - es gibt in der Bundesrepublik, da sie auf mich selbst angespielt haben, unendlich viel mehr Möglichkeiten

der politischen Betätigung, als ich sie während der Nazizeit in den demokratischen Ländern Skandinaviens gehabt habe, was nicht ausschließt, daß auf dem einen oder anderen Gebiet nicht nur Unsinn, sondern auch grobe Ungerechtigkeit geschehen könnte, das schließe ich ja nicht aus. Ich sage nur, insgesamt ist unser Ausländerrecht so, daß es, gerade auch was die politische Betätigung angeht, unendlich viel mehr Möglichkeiten gibt, als sie mir in den dreißiger Jahren gegeben worden sind.

Bündelmittel *an Rechte*
oder an Linke?

2. Frage: In den letzten Wochen wurden auch in ihrer Partei Stimmen laut, die sich gegen eine weitere Mittelzuwendung an die Vertriebenenverbände wenden. Nach wie vor erhalten Gegner des friedlichen Ausgleichs mit den Ländern Osteuropas Gelder der Bundesregierung, mit dem sie unrühmliche Sternmärsche mit den bekannten Haßparolen finanzieren, während die demokratisch gewählte Vertretung westdeutscher Studenten, der VDS, nach wie vor auf jede Förderung verzichten muß. Warum fördern sie die Vertriebenenverbände und nicht den VDS, in dem bekanntlich der SHB eine Mehrheit stellt?

W. Brandt: Also zum VDS gibt es hier Fachleute, die das wiederholt vor dem Bundestag beantwortet haben und das auch hier beantworten sollten. Was die Vertriebenenverbände angeht, so habe ich den Eindruck, daß sich die dafür zuständigen Ministerien - wie ich meine, mit Recht - mehr und mehr dahin orientieren, statt allgemeiner Förderungen, bei denen man nicht weiß, wofür das Geld dann ausgegeben wird - oder doch - sich stärker zu interessieren für solche Dinge, die kulturell wichtig und wesentlich sind, denn gerade auf dem Hintergrund der Politik, die wir betreiben, ist es wichtig, daß die ostdeutsche Kultur, die nicht wegzudenken ist aus dem kulturellen Leben des Landes, des Volkes in seiner Gesamtheit, gefördert wird. Das geht ein bißchen langsam, diese Umorientierung von allgemeiner Tätigkeit hin zu dem Fördern förderungswürdiger kultureller Aktivitäten. Aber dabei sind wir. VDS - wer ist das - Dohnanyi oder sind sie das (zu Ministerialdirektor Fichtner)?

K. v. Dohnanyi: Ich glaube, ich kann das machen Herr Fichtner, obwohl das ihr Zuständigkeitsbereich ist. Vielleicht können wir das hinterher machen, wenn der Bundeskanzler gegangen ist.

G. Grass: Dann zum zweiten Bereich Bildung. Gibt es da eine Frage an den Bundeskanzler, oder sollen die auch an den Minister Dohnanyi gerichtet werden? Vielleicht später, dann ---

U. Fischer: Die Bildung bitte aufrufen

Bildung statt Bomben

3. Frage: Herr Bundeskanzler, in der ersten Regierungserklärung der SPD/ FDP-Koalition versprach man uns höhere Zuwendungen für den Bildungssektor, man versprach mehr Sicherheit bei geringerer Rüstung. Die Tendenz zeigt aber, daß die Militärmaschinerie und die Rüstungslasten wachsen, das gleiche gilt für den Einfluß der Konzerne, während die Bestrebungen mehr Geld für die Bildung zu investieren bisher unterblieben sind. Wie vereinbart sich das mit der Regierungserklärung?

W. Brandt: Das fand ich etwas sehr schematisch vorgetragen - wenn ich mir den Hinweis gestatten darf - erstens wird Klaus von Dohnanyi gleich die Ziffern nennen; denn er hat sie noch genauer im Kopf als ich, daß ohne daß es die Öffentlichkeit registriert hat, die Bildungsausgaben auf Bund und Länder bezogen kräftig angestiegen sind und vor allen Dingen, daß wir schon jetzt auf das Jahr 75 vorausschauend eine stärkere Steigerung erreichen als ich sie im Herbst 1969 bei der Konzipierung der Regierungserklärung für möglich gehalten habe. Vielleicht kriegen wir die Ziffern jetzt mal gleich, dann will ich das mit den Rüstungen anschließend erklären.

K. v. Dohnanyi: Die Gesamtmittel für Bildung und Wissenschaft - man muß da ja Bund, Länder und Gemeinden zusammenfassen - lagen 1969 etwa bei 25 Mrd. Mark; sie waren dann 1970 bei etwas über 30 Mrd., 1971 über 35 Mrd. und werden 1972 bei etwa 42 Mrd. Mark sein. Der Haushalt für Verteidigung - der immer verglichen wird mit dem Bundesanteil für Bildung und Wissenschaft aber damit nicht vergleichbar ist, weil die ganzen Verteidigungslasten beim Bund sind, aber nur etwa 15% der Bildungslasten beim Bund - der Haushalt für Verteidigung ist gestiegen von etwa 20 Mrd. auf 21, dann 22 und liegt in der mittelfristigen Finanzplanung bis 1975 bei einer Größenordnung von etwa 25, 26, 27 Mrd. DM. Für Bildung und Wissenschaft sind für 1975 heute 53 MRD. DM eingeplant. Daraus ergibt sich, daß der Bildungshaushalt 1975 etwa doppelt so groß sein wird wie der Haushalt für Verteidigung.

W. Brandt: D.h., um bei der Verteidigung zu bleiben, der Verteidigungshaushalt nimmt unterproportional an der Gesamtentwicklung des Bundeshaushalts teil, die Bildungsausgaben nehmen weit überproportional - wie es sich gehört nach unserem politischen Konzept - an der Entwicklung der öffentlichen Haushalte teil. Dies ist garnicht so einfach, denn im Verteidigungssektor mit 480000 Soldaten und nochmal 100000 Zivilbeschäftigten - also 600000 Mann etwa - spielt die allgemeine Steigerung der Personalausgaben

im öffentlichen Dienst, die automatisch erfolgen, eine solche Rolle, daß der Verteidigungsminister heute für Material - also, wenn sie so wollen für Rüstung und nicht für Personalausgaben - weniger Geld ausgeben kann als in dem Jahr 1960. Dies sage ich jetzt garnicht, um mich dessen zu be- rühmen, sondern um im Gegenteil zu sagen, dies schafft bestimmte Probleme für die Bundesregierung, Ich habe nebenbei gesagt, nicht den Satz in der Regierungserklärung gesagt, der hier zitiert wurde, ich habe nicht gesagt, daß wir mit weniger Verteidigungsausgaben mehr Sicherheit erreichen werden, sondern ich habe im Gegenteil gesagt, ein Element unserer Sicherheits- politik bleibt - und das wiederhole ich hier, ob das überall populär ist oder nicht - bleibt unsere Stellung im Atlantischen Bündnis, solange es die bündnisgespaltene Welt gibt. Und das zweite Element ist, daß wir durch un- ser neues Verhältnis zu den Staaten in Osteuropa glauben, die Voraussetzung dafür schaffen zu können, daß nichtmehr nur Russen und Amerikaner über die mögliche Begrenzung strategischer Waffen miteinander verhandeln, sondern daß wir hineinkommen in Verhandlungen über den gleichgewichtigen - aber ich unterstreiche den gleichgewichtigen - Abbau von Truppenstärken und Rüstun- gen in Europa. Dies wird eines der Themen sein für die Konferenz, für die wir jetzt grünes Licht geben können, wenn morgen auch der Bundesrat die Verträge passieren läßt, dann bedeutet dies, daß von deutscher Seite aus keine Hindernisse mehr im Weg liegen. Dann beginnt die multilaterale Vor- bereitung für die Konferenz, die irgendwann im nächsten Jahr in Helsinki stattfinden wird, und da beginnt man dann neben anderen mit diesem Thema, was im NATO-Slang NBFR heißt - neutral balanced force reductions, gleichgewich- tiger Abbau von Truppenstärken und Rüstungen - was man sich vorstellen muß nicht als ein Vorgang, der uns schon von einem Jahr zum anderen wesentlich entlastet, der es uns aber ermöglicht jedenfalls durchzuhalten mit der Qu- se vom unterproportionalen Anteil der Verteidigung an den sich ausweiten- den Haushalten. Ob wir nicht in einigen Jahren dann noch weiter kommen, das kann ich jetzt nicht sagen, das kann ich nur hoffen.

G. Grass: Herr Dohnanyi, sie hatten noch eine Frage dazu.

K. v. Dohnanyi: Ich wollte gerne zwei Sätze zur Ergänzung sagen. Erstens, wenn man die Finanzplanung und die Finanzentscheidungen des Bundes und der Länder seit 1970, also den beiden Jahren der sozialliberalen Koalition 70/71 betrachtet, dann ist ganz unzweifelhaft, daß die Bildungs- und Wissenschafts- mittel an der Spitze der Reformentscheidung gestanden haben, ganz unbestreit- bar. Kein Bereich ist so stark gewachsen - absolut und relativ - wie der Be- reich von Bildung und Wissenschaft. Und Punkt Zwei, die NATO-Größenordnung

für den Verteidigungshauhalt am Sozialprodukt liegt etwa um die 4% und diesen Anteil 4% am Sozialprodukt halten wir gegenwärtig. Es ist aber gar kein Zweifel, daß in den Ländern um uns herum - mindestens in den Ländern des Ostens - der Anteil für Verteidigung am Sozialprodukt wesentlich höher ist als in der Bundesrepublik; das muß man einfach zur Information wissen. Er liegt in der Sowjetunion über 8%, er liegt selbst in Schweden bei der Größenordnung von etwa 4% und liegt in der DDR über 6%. Das muß man wissen, vergleichbar mit unseren 4%, wenn man also über die Größenordnung hier realistisch redet.

G. Grass: Hier war noch eine zweite Frage zur Bildungspolitik?

U. Fischer: Zu den Lehrlingen, wer war da? Ja, bitte. ✓

4. Frage: Herr Bundeskanzler, die Lehrlingsausbildung bei Krupp wird nach einem sogenannten Dreistufenplan durchgeführt, d.h., die Lehrlinge haben einen Vertrag über drei Jahre, können jedoch schon nach zwei oder sogar einem Jahr die Ausbildung beenden, ohne allerdings eine staatlich anerkannte Prüfung in der Hand zu haben. Das bedeutet, sie sind an Krupp gebunden und sind nichts weiter als Fachshilfearbeiter. Außerdem haben es die Bonzen bei Krupp in der Hand, immer so viele Lehrlinge auslernen zu lassen, die gerade nach der fachlichen Qualifikation in der Produktion gebraucht werden. In wie weit ist es, Herr Bundeskanzler, mit dem Berufsausbildungsgesetz zu vereinbaren, daß ein Konzern wie Krupp eine Lehrlingsausbildung nach Stufenplänen durchführen kann, die die berufliche Beweglichkeit des Lehrlings von der Willkür des Konzerns abhängig machen und damit den reaktionären "Herr-im-Hause-Standpunkt" im Unternehmen manifestieren?

"Serioses" GRASS'S

G. Grass: Bevor ich die Frage zur Beantwortung zulasse, bitte ich, bei aller berechtigten Kritik, auch bei der Fragestellung, Titel wie Bonzen und so etwas zu unterlassen. Das gleiche gilt für Bosse, weil wir uns, glaube ich, nicht selber helfen, wenn wir die Dinge, die eigentlich klar sind von der Problematik, noch mit solchen Reizwörtern stützen.

Brandt: Also, der erste Teil der Frage war für mich eine Information - nicht - ein Bundeskanzler kann nicht über alles bescheid wissen, hat hier etwas neu gelernt, was die Lehrlingsausbildung bei Krupp angeht. Und das zweite ist, daß ich sehr gespannt bin - hier muß ich wieder die Kollegen dort von mir aus rechts gesehen, bitten - auf der Tagesordnung am, wann hatten wir es diese Woche, Dienstag, stand Berufsausbildung drauf, wir ha-

ben es abgesetzt, wegen des Mittwoch - nicht - das ist manchmal so, daß die Thematik einer Woche bestimmt wird durch das, was dann im Bundestag kommt, aber vielleicht plaudert hier Dohnanyi aus der Schule, was er dem Kabinett in der nächsten Woche dazu vortragen wird an Vorschlägen.

K. v. Dohnanyi: Ja, ich will zunächst vielleicht einmal ganz konkret, Herr Bundeskanzler, und dann nachher können wir das denn, wenn sie nicht mehr da sind, diesen Teil allgemein aufnehmen. Was die Grundfrage angeht, so stehen wir natürlich auf dem Standpunkt, daß für alle Auszubildenden nach einer entsprechenden Zeit - das müssen nicht immer drei Jahre sein - ein berufsqualifizierter Abschluß erreicht werden soll. Und das gilt natürlich auch für die Stufenausbildung bei Krupp. Im Prinzip ist eine Stufenausbildung, die zu einer gewissen Höherqualifizierung führen kann, nicht zu verwerfen. Übrigens, auch der BGB steht auf dem Standpunkt, daß ein solcher Aufbau in der Berufsausbildung sinnvoll ist, allerdings muß er zu einem berufsqualifizierten Abschluß führen, und wenn sie darauf hinweisen, daß es solche Abschlüsse zu einem Teil bei Krupp nicht gibt, so ist das natürlich mit damit in Verbindung zu bringen, daß die schulische Ausbildung, die ja die Grundlage für die Berufsausbildung auch sein muß, eben nicht ausreicht, und deswegen wollen wir eine breitere schulische Bildung für alle. Das ist ja das, was hinter dem Konzept der Gesamtschule steht, eine Zielsetzung, an der wir unbeirrt festhalten, auch wenn wir sie nicht innerhalb von wenigen Jahren durchsetzen können.

G. Grass: Zum Problem Jugendpresse sind zwei Fragen, ich hoffe, daß darunter Fragen sind, die der Bundeskanzler nicht nur mit Ja beantworten muß.

5. Frage: In der Geschichte der deutschen Jugendpresse ist es das zweite Mal, Herr Bundeskanzler, daß sie eine Pressekonferenz für die jugendeigene Presse geben. Wie ordnen sie die Bedeutung und die Arbeit der jugendeigenen Presse ein?

W. Brandt: Das fordert jetzt leicht eine solche Antwort heraus, die nicht Ja oder Nein natürlich lauten kann, aber hochwichtig - nein -. Ich weiß doch, wie sie selbst, daß wir es gerade aus dem Gebiet, aus dem sie jetzt kommen, mit ganz unterschiedlichen, zwar miteinander verbundenen, aber doch sehr unterschiedlichen Presseorganen zu tun haben. Das macht es auch reizvoll. Aber eben eine starke Differenziertheit da. Ich sehe einen großen Wert darin, daß zu gleicher Zeit sich junge Menschen, indem sie sich mit dem Stoff befassen, und indem sie bei der Behandlung des Stoffes ei-

gene Forderungen, Vorstellungen und Forderungen formulieren, daß sie sich dadurch im Grunde selbst vorbereiten auf zunehmendes gesellschaftliches oder politisches Engagement, das ist die eine große Bedeutung.

Und zweitens sehe ich doch in einer Reihe von Fällen, daß das nicht ganz unbeachtet bleibt. Bitte, man kriegt nicht einen genauso guten Überblick, wie ich ihn über die Tages- und Wochenpresse bekomme, da kriegt ich Zusammenfassungen und Hinweise: das, das, das müßte man eigentlich beachten, egal ob man dem nun Rechnung tragen kann oder nicht. Einen solchen Überblick haben wir über die Jugendpresse noch nicht. Und trotzdem geht es sicherlich nicht nur mir so, sondern auch anderen, daß in den Einzelfällen durch Zuschriften, und zwar häufig Zuschriften, die nicht aus ihren eigenen Reihen kommen, sondern anderen, die es für wichtig genug halten, entweder selbst die Ausgabe einer Schülerzeitung oder Jugendzeitung zu schicken und zu sagen, da ist ein Fall, der müßte euch interessieren, dem müßt ihr nachgehen.

Unter diesen beiden Aspekten - wobei ich den ersten nicht nur denkpädagogisch auffassen will, sondern als Teil schon eines sich vernünftig darstellenden politischen Engagements - unter diesen beiden Gesichtspunkten messe ich der Jugendpresse, wenn man jetzt den Gesamtbegriff nimmt, viel Bedeutung bei, ohne, wie gesagt zu übersehen, daß sich diese Presse an verschiedenen Orten und an verschiedenen Schulen und anderen Einrichtungen sehr unterschiedlich darstellt.

G. Grass: Ja, in dem Zusammenhang, ich habe mit Redakteuren von Schülerzeitungen Mitte der fünfziger Anfang der sechziger Jahre Interviews gehabt und habe dann diese ehemaligen Schülerzeitungsredakteure fünf, sechs, sieben Jahre später als tüchtige Journalisten wiedergetroffen. Das ist ja wohl auch ein Aspekt, den man berücksichtigen sollte: Die Nachwuchsfrage. Vor allem, wenn ich mich daran erinnere gelesen zu haben, daß der Bundeskanzler, ich glaube im Alter von 16 Jahren, auch schon Artikel geschrieben hat. Allerdings für eine Tageszeitung und nicht für eine Schülerzeitung. Der Sohn auch, ja.

Die zweite Frage bitte zu dem Thema.

Gestatten sie eine Zusatzfrage?

G. Grass: Ja, bitte.

In den Länderpressegesetzen wird die jugendeigene Presse allen anderen Presseorganen gleichgestellt. In der Praxis kann die jugendeigene Presse

ihr Informationsrecht und ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nicht frei ausüben. Wie stellen sie sich, Herr Bundeskanzler, eine Förderung der jugendeigenen Presse von seiten der Bundesregierung vor?

W. Brandt: Das ist, da sie eben von den Landespressegesetzen sprachen, eben zunächst sehr bedingt nur eine Einflußmöglichkeit, die der Bund hat. Wir arbeiten ja an einem Presserahmengesetz, aber die Länder werden sich auf diesem Gebiet, wie auf anderen, nur schwer Zuständigkeiten abringen lassen.

Ehmke: Ich glaube, die Frage war anders, Herr Bundeskanzler. Er meint: formell ist die Gleichheit gegeben, aber materiell von der Informationsmöglichkeit nicht. Es ging um faktische Hilfe.

W. Brandt: Ja, aber die können wir ja nicht durch Anweisung an die Länder geben, sondern allenfalls, indem wir gute Beispiele geben, wie solche Zusammenkünfte hier und den Bundesministerien sagen, daß sie offen sein sollen für Schüler- und Jugendzeitungen, die sich an sie wenden.

G. Grass: Wird denn in dem Presserahmengesetz die Jugendpresse berücksichtigt sein?

W. Brandt: (zu Minister Ehmke) Im Presserahmengesetz, wird dort die Jugendpresse berücksichtigt sein?

Ehmke: Sie gehört zu dem Begriff Presse, aber es braucht ja keine Sonderregelung für Jugendpresse zu geben, das ist hier, glaube ich, auch nicht gefragt, ob es Sondervorschriften gibt, sondern die Frage, wie die Chance an Informationen heranzukommen verbessert werden kann. So habe ich sie verstanden.

6. Frage: Ja, das führte eben schon auf meine zweite Frage hinaus, und zwar inwieweit eben die Jugendpresse am Presserahmengesetz beteiligt wird oder inwiefern sie überhaupt berücksichtigt wird?

G. Grass: An den Beratungen?

W. Brandt: Daß - wenn ich sie recht verstehe - meinen sie, daß - nachdem sie vorhin gesagt hatten in den Pressegesetzen der Länder fällt die Jugendpresse unter den allgemeinen Begriff der Presse - darf ich die zweite Frage so verstehen, daß sie es lieber hätten, wenn in der weiteren Presse-

gesetzgebung von Bund und Ländern die Jugendpresse als eine eigene Kategorie Eingang fände. Ist das so richtig verstanden?

U. Fischer: Nein, es kommt darauf an, sie auch einzuordnen, wie sie in den übrigen Gesetzen eingeordnet wird. Unseren Informationen gemäß, ist das also noch nicht der Fall, daß sie eingeordnet wird. Bei den Anforderungen für den verantwortlichen Redakteur ist sie noch nicht eingeordnet. Unsere Frage ist: In wie weit sie die jugendeigene Presse an den Beratungen zu diesem Gesetz beteiligen wollen.

K. v. Dohnanyi: Die Frage ist vielleicht, ob man Herrn Genscher - und das könnten wir an ihn weitergeben - bittet, mit Vertretern ihrer Gruppe hier ein Gespräch zu führen über ihre Sorgen und Interessen, so daß das, was sie wissen und was ihre Überlegungen sind, mit eingehen kann in die Schlußformulierungen. War das der Punkt? Ja, ich glaube damit ...

G. Grass: Die nächste Frage ist zur Wehrpolitik.

7. Frage: Welche Zielsetzung, Herr Bundeskanzler, sehen sie hinter der Wehrdienstleistung des Jugendlichen? Und ähnelt sie der des Ersatzdienstes leistenden?

W. Brandt: Unser Grundgesetz und seine Ausführungsgesetze gehen davon aus, daß der Wehrdienst bei den jungen Männern der Regelfall ist. Und das Grundgesetz setzt daneben die Möglichkeit, Ersatzdienst zu leisten; allerdings dort mit der bekannten zahlenmäßigen Begrenzung, die sie kennen, daß die Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze sehr viel geringer ist, als die Zahl derer, die den Ersatzdienst wählen anstelle des Dienstes in der Bundeswehr. Und die Bundesregierung ist dabei mehr Plätze für diejenigen zur Verfügung zu stellen, die Ersatzdienst leisten möchten, weil wir ja hier in etwa gleich Chancen für die jungen Menschen schaffen müssen.

Welche Zielsetzung steht aber jetzt dahinter, daß junge Menschen entweder zum Wehrdienst eingezogen werden oder zum Ersatzdienst?

W. Brandt: Die Zielsetzung beim Wehrdienst ergibt sich aus der Sache selbst, solange wir es für notwendig halten, daß diese Bundesrepublik Teil eines Bündnissystems ist - und sich wie andere Länder, um nicht der Spielball anderer zu sein, beteiligt an dem militärischen Gleichgewicht, was, an Ermangelung besserer Lösungen Kriege zu verhindern hilft in unserem Teil der Welt - solange muß der Staat junge Menschen hierfür in Anspruch nehmen.

Es sei denn, wir kommen eines Tages dazu, daß wir - wie es einige Länder tun - mit sehr viel mehr Geldaufwand, das durch Berufssoldaten erledigen lassen. Das ist eine Entwicklung, die durchaus gegen Ende dieses Jahrzehnts sich anbieten mag. Es ist aber nicht die - . Oder eine Kombination wird sich wahrscheinlich anbieten zwischen einer im wesentlichen aus Berufssoldaten bestehenden Armee und einem sehr viel weniger Monate in Anspruch nehmenden milizartigen Dienst, wie es ihn in manchen anderen Ländern gibt.

Ich meine nicht die Zielsetzung der Bundeswehr, sondern was in den Jugendlichen da hineingesteckt werden soll und warum.

K. v. Dohnanyi: Erhaltung des Friedens durch Verteidigung.

Ja, das ist die Zielsetzung der Bundeswehr.

K. v. Dohnanyi: Eben.

Ich meine aber jetzt speziell die Zielsetzung, warum gerade die Jugendlichen da rein müssen oder den Ersatzdienst leisten müssen, da müssen doch irgendwelche ethischen Fragen oder so etwas dahinterstehen.

W. Brandt: Ich kann mich erinnern, als damals vor dem letzten Krieg in England die Wehrpflicht wieder eingeführt wurde - die abgeschafft war - da haben meine damaligen linkssozialistischen Freunde im Unterhaus, die das bekämpften, die haben gesagt, sie sehen nicht ein, warum also junge Leute eingezogen werden. Und sie haben also einen Antrag gestellt, man soll nur welche über 65 einziehen. Und als das abgelehnt war, haben sie beantragt, daß nur Söhne von solchen Vätern eingezogen werden, die mehr als 50 000 Mark im Jahr verdienen. Das war in beiden Fällen natürlich agitatorisch gemeint.

Aber hier kann - es tut mir furchtbar leid, nach der Staatskonzeption, von der aus wir hier Politik machen können - kann man ja nicht sagen, hier gibt es auf der einen Seite eine als Staat organisierte Gesellschaft, die glaubt, sie braucht die und die Leistungen, wie Dohnanyi sagt als Teil einer Politik der Friedenssicherung, um nun andererseits davon zu abstrahieren und zu sagen: aber die vielen jungen Leute mögen das nicht. Das war immer so, das war in jedem Land so, und ich kenne kein Land mit einem normalen demokratischen Empfinden, wo junge Leute mit Begeisterung Soldat spielen. Das war früher vielleicht bei uns mal, das ist ganz überflüssig, das reicht, wenn man seinen Dienst leistet.

G. Grass: Es hat ja - glaube ich - auch der Bundesverteidigungsminister gesagt, er fände es sehr absurd und beinahe beängstigend, wenn junge Leute begeistert zur Bundeswehr gingen. Die Alternative dazu haben wir ja auch schon einmal angeboten bekommen, das hieß, die Bundeswehr als Schule der Nation; da wären dann die ethischen Werte drin, und das wird ja wohl zu Recht abgelehnt.

Gibt es zu diesem Komplex noch Fragen, oder? Bitte.

Sie haben eben erwähnt, daß der Bundesverteidigungsminister es absurd findet, wenn die Leute begeistert hingehen, er findet es aber auch gefährlich, wenn die Leute nicht begeistert hingehen.

G. Grass: Hat er nicht gesagt.

Er hat sich in einer Rede vor dem Bundestag eindeutig dagegen ausgesprochen, gegen den wachsenden Wehrunwillen in den Schulen, und außerdem ist hier die Frage zu stellen -

W. Brandt: Das war nicht die Frage, ob begeistert oder nicht begeistert, sondern überhaupt nicht hingehen, das hat er nicht gerne, das ist klar.

G. Grass: Ja, zu diesem Komplex noch? Bitte.

KdV

Helmut Schmidt hat vor einiger Zeit das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Ausnahmefall, als Ausnahmeregelung angesehen. Stimmen sie mit mir überein, daß dieser Artikel ein Grundgesetzartikel zweiter Klasse ist?

W. Brandt: Das kann man nicht sagen. Aber es ist von der ganzen Entstehungsgeschichte des Artikels im Grundgesetz her eben nicht zu bestreiten, daß die, die das Grundgesetz insofern gemacht haben - oder ergänzt haben, war es ja in diesem Fall - daß sie als Regelfall ausgegangen sind von der Dienstleistung und das andere als die Alternative gesehen hatten. A. B. Es wir kein Land in der Welt mit einer so ausgedehnten Praxis sich unter Berufung auf Gewissensgründe für etwas anderes zu entscheiden (geben).

Dänemark.

Na, da gibt es die sieben Kasernen für das Zivilschutzkorps, ich weiß nicht, ob die, die sich auf Dänemark berufen, möchten, daß wir neben der Armee ein Zivilschutzchor haben, das ist der dänische Fall.

G. Grass: Wir kommen jetzt zum Bereich der Sozialpolitik. Man kann da sicherlich später noch einmal nachfragen, wenn der Bundeskanzler weg ist, sonst kommen wir durch die Sache nicht durch. Zur Sozialpolitik, bitte.

8. Frage: Mit einem Zitat fang ich an; und zwar sagt die SPD: Im Sinne der Entscheidung des Karlsruher und Dortmunder Parteitages wird die SPD dafür Sorge tragen, daß neues wirtschaftliches Wachstum dem sozialen Fortschritt dient. Jetzt frage ich mich und möchte sie auch fragen, ob sie glauben, daß neues wirtschaftliches Wachstum allein genügt, um den sozialen Fortschritt dermaßen voranzubringen, wie es notwendig wäre.

W. Brandt: Also, dies ist eine sehr interessante und sehr wichtige Frage, weil man nicht nur bei uns zulande, sondern auch woanders zu Recht diesen Götzen Wirtschaftswachstum etwas herunterholt von dem Podest.

Sekko Mansholt, der jetzige Präsident der EWG-Kommission, hat dazu eine interessante Rede hier gehalten vor wenigen Tagen bei einem europäischen Kongress am Freitag letzter Woche. Ich bin nicht mit allen Einzelheiten einverstanden, aber da bringt er z.B., was in diese Thematik hereingeht - das hat er entliehen bei dem holländischen Nationalökonom Tinbergen - er sagt, man müßte neben dem Begriff des Bruttosozialproduktes den des Bruttosozialnutzens stellen - nicht - auf den Menschen bezogen.

Das ändert aber nun alles nichts daran, daß von nichts nichts kommt. Wir können unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so oder soherum reformieren, das, was wir ausgeben für soziale Dienste muß erwirtschaftet werden, das bleibt auf jeden Fall klar. Natürlich gibt es auch soziale Leistungen und Dienste nicht materieller Art, aber zu Buche schlagen im wesentlichen diese.

Jetzt will ich ihnen sagen aus den letzten zwei Jahren: Wir haben zunächst einmal die Kriegsofferrenten dynamisiert - das hat einige Milliarden mehr gekostet, war aber gerecht, die waren nämlich schlechter gestellt als andere Rentner; wir haben dann die Angestellten in der Krankenversicherung gleichgestellt mit den Arbeitern - das war eine ausgleichende Geschichte, nachdem wir noch gegen Ende der vorigen Regierung die Lohnfortsetzung der Arbeiter im Krankheitsfall gesetzlich verankert hatten; wir haben die Unfallversicherung für Schüler und Studenten gemacht; wir haben - kümmerlich, wie es sein mag - das 624-Mark-Gesetz, das der Sparförderung dient, so ausgebaut, das heute 14 Millionen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik an ihm partizipieren. So haben wir das eine zum anderen gefügt, wir haben ein neues Betriebsverfassungsgesetz gemacht und wir sind jetzt unmittelbar daran an dem Paket Rentenreform, zu dem die Berücksichtigung des Babyjahres bei

den Frauen ebenso gehört, wie der Einstieg in die flexible Altersgrenze. .h., wir haben auf den erwähnten Gebieten - man kann noch andere Beispiele hinzufügen - gestützt auf das übrigens bescheidene Wirtschaftswachstum der letzten beiden Jahre, wegen der allgemeinen konjunkturellen Lage, mehr als früher aufgewendet für soziale Leistung.

G. Grass: Herr Dohnanyi wird, wenn der Bundeskanzler weg ist -

W. Brandt: Der muß in fünf Minuten weg.

G) Grass: zu diesem noch einiges dokumentierend hinzusagen, z.B. auch den Bereich der Voruntersuchung, der viel zu kurz kommt in der öffentlichen Diskussion.

Der nächste Bereich, oder ist da noch eine Frage zur Sozialpolitik?

Zu den sozialen Leistungen von gesellschaftlichen Randgruppen. Die Rentner, Kriegsoffer usw. sind meiner Meinung nach nicht zureichend, sie stehen in keinem Verhältnis zu den Gruppen, zu den Leistungen für die Gruppen, die einen größeren Einfluß innerhalb der SPD haben. Sehen sie da eine Diskrepanz?

(Kommentar während der Frage: Das ist falsch.)

W. Brandt: Kann das mal Herr Ehrenberg erläutern?

G. Grass: Können wir das später machen, weil der Bundeskanzler gleich weg muß. Ist jetzt - der sechste Komplex war Wirtschaftspolitik und danach war bei mir "wilde Fragen" angesagt - ist jetzt unter diesen beiden Komplexen eine Frage, die besonders dringlich ist, und die an den Bundeskanzler gestellt werden sollte? Das sind zu viele. Zur Wirtschaft? Ja, das ist auf dem Punkt drauf. Bitte, ja.

9. Frage: Walter Scheel hat auf dem letzten Parteitag gesagt, er werde verhindern, daß die SPD in dieser Legislaturperiode und auch in den nächsten nach Möglichkeit sozialistische Politik macht. Jetzt die Frage an sie: Müssen sie nicht als demokratischen Sozialist daraus Konsequenzen ziehen und es ablehnen mit einem - es erst einmal ablehnen Bundeskanzler zu sein in einer Koalitionsregierung, wo der Koalitionspartner ein erklärter Antisozialist ist. Sie würden ja damit dann auch die Grundforderung des Godesberger Programms nach einer wirksamen Kontrolle der wirtschaftlichen Macht

verraten - um das einmal so hart zu sagen. Wie weit sind sie denn überhaupt bereit, Parteivorsitzender zu bleiben und nicht immer nur Bundeskanzler zu sein? Verstehen sie, wie ich das meine?

(Kommentare während der Frage:

K. v. Dohnanyi: Eine wichtige Frage.

Ehmke: Der ~~yxk~~ redet wie Strauß.

Dohnanyi: Eine schöne Frage an den Bundeskanzler.

Grass: Alles oder nichts, ja.

Fischer: Das ist eine gute Frage.

Grass: Ja, ja, die ist gut.)

W. Brandt: Ja, das ist eine ganz andere Art, eine, die ich durchaus respektiere, eine ganz andere Art an die Politik heranzugehen, eine, die ich maximalistisch nennen würde. Wir müßten natürlich eigentlich, wenn wir die Frage diskutieren könnten, müssen wir natürlich über Sozialismus erst diskutieren, denn Scheels Erklärung - er läßt hier keine sozialistischen Maßnahmen zu - die müßte jetzt herunterdividiert werden auf das, was auch bei einer sozialdemokratischen Mehrheit in einer Vierjahresperiode, in einer zweiten Vierjahresperiode gestützt auf die Grundsätze des Godesberger Programms verwirklicht werden könnte. Aber ich weiß, es gibt im Bezug sowohl auf den Inhalt, wie auf die Vorstellungen der Verwirklichung andere als meine und der Mehrheit meiner Partei. Nur die dieses Mal außen vorgelassen, bedeutet die Vorstellung des Fragestellers, man soll sich im Grunde von diesen Geschäften des Staates fernhalten bis man die Mehrheit der Bürger überzeugt hat von seinem Parteiprogramm, dieser Meinung bin ich nicht. Sondern die Meinung meiner Partei ist - gestützt auf den Wählerauftrag, den man erreichen kann - so viel wie möglich in Richtung auf die grundsätzlichen Vorstellungen zum Besten der Menschen zu verändern. Und wenn man sich einmal vorstellt, wieviel auf diesem Wege tatsächlich - teils aus der Opposition in bestimmten Perioden durch Regierungsbeteiligung geschehen ist im Interesse der breiten Schichten dieses Volkes - dann würde ich sagen, dies lohnt sich und hat wenig damit zu tun, ob das nun sehr viel attraktiver ist Bundeskanzler und Parteivorsitzenden oder nur Parteivorsitzender zu sein. Das ist jedenfalls kein entscheidender Gesichtspunkt für die Beantwortung dieser Frage.

Sondern entscheidend ist vielmehr, ob man sich für die graduelle reformerische Verwirklichung der Politik einsetzt, die man für notwendig hält, oder ob man hofft, irgendwann kriegt man die berühmten 51%, mit denen man dann was?, was will man dann eigentlich mit ihnen machen? Darüber muß man

dann diskutieren. Man wird nämlich auch dann dort, wo man sie bekommt, feststellen, daß man in unserer Welt überwiegend nur mit Wasser kochen kann.

Oder man macht - bitte - man macht Revolution. Und das ist auch eine neue Möglichkeit. Und wenn man sie gemacht hat, dann steht man hinterher vor den selben Fragen, vor denen wir stehen, dort, wo wir in Osteuropa herumreisen, fragen und die Leute alle nach solchen Fragen, mit denen wir ohne Revolution uns zu beschäftigen haben, nämlich wie man in den Betrieben mehr Mitwirkung erreichen kann, den dortigen Staatsbetrieben nämlich, wie man die Sozialgesetzgebung, das Bildungswesen ausbaut und was es sonst noch gibt.

G. Grass: So, war da noch eine zweite Frage zu dem Komplex? Die letzte Frage, denn dann muß der Bundeskanzler uns leider verlassen. Zur Wirtschaftspolitik? Bitte.

10. Frage: Herr Bundeskanzler, halten sie nicht die bislang heilige Kuh im System der sog. sozialen Marktwirtschaft - nämlich die staatliche Globalsteuerung - außer Kraft gesetzt, wenn durch eine ständige Kapitalkonzentration die wirtschaftliche Macht einiger weniger dazu mißbraucht wird, die staatliche Globalsteuerung - z.B. durch Mittel wie Investitionsstreik und profitorientierte Preispolitik - zu unterlaufen?

W. Brandt: Ja, ja, also, wir sind - um wieder zum Praktischen zu kommen - gerade dabei, im Bundestag die Gesetzgebung, die den Wettbewerb anregen soll zu verstärken. Und da machen wir in der Tat die interessante Erfahrung, daß einige, die sich sonst auf die hohen Werte der Marktwirtschaft berufen, sehr zurückhaltend sind in ihrer Bereitschaft, durch Fusionskontrolle und auf andere Weise das Kartellrecht - um das ringen wir jetzt im Ausschuß des Bundestages - so auszugestalten, daß Kapitalkonzentrationen nicht jenen Einfluß haben können, von dem sie eben sprachen. Das ist das, im Kern ist da etwas auch aus meiner Sicht richtig gesehen, aber es gibt kein Patentrezept, sondern man muß hier den Wettbewerb, man muß ihn gegen die Tendenzen, von denen sie sprechen, wirksamer als bisher schützen, weil er ja so verstanden im Interesse der breiten Schichten der Bevölkerung liegt, z.B. durch die Preisbildung.

G. Grass: Vielen Dank, Herr Bundeskanzler. Sie wollten noch ein Wort dazu sagen (zum DJP-Bundesvorsitzenden Ulrich Fischer).

U. Fischer: Ja, zum weiteren Verlauf, alle Herren bleiben hier außer Herrn Brandt. Herr Brandt, ich danke ihnen recht herzlich und im Wortsinne: Auf baldiges Wiedersehen.

Schülerredakteure enttäuscht

Pressekonferenz mit Bundeskanzler Brandt in Bonn

„Wenn wir erst mit 21 wählen dürften, gäbe es anstatt dieser Festessen Eintopf, das Hotel würde wohl durch eine Jugendherberge ersetzt werden“, das war der Kommentar eines Lehrlings, der wie 80 weitere Redakteure von Schüler- und Lehrlingszeitungen aus der ganzen Bundesrepublik kürzlich zu einer Pressekonferenz mit Bundeskanzler Brandt eingeladen war. Eingeladen, nicht, wie es angebracht und üblich gewesen wäre, vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, sondern von der Sozialdemokratischen Wählerinitiative.

Wenn es unter den größtenteils fortschrittlichen Jugendredakteuren anfangs noch hohe Erwartungen an die Veranstaltung gab und man mit einem gewissen Informationswert rechnete, sah man sich schon am Vorabend der Supershow über die Ziele der ganzen Aktion im klaren. Die Wählerinitiative ließ von Anfang an keine Zweifel aufkommen; ihr Ziel: Jungwählerwerbung im „Duft der großen weiten Welt“.

Da war es auch nicht verwunderlich, daß Günther Grass, eiligst herbeizitiertes Aushängeschild der SPD, in der Vorbereitung der Pressekonferenz nicht etwa über die Politik der SPD-Führung diskutieren wollte (was ja wohl eine Grundlage für die folgenden Fragen gewesen wäre), sondern eine „nagelneue, brandheiße“ Mappe, mehrfarbig, für Jungwähler, zu testen beabsichtigte. Der Titel: „Ar-

gumente, hier sind sie“, läßt hoffen, der Inhalt vollends verzweifeln. Lachende Soldaten, nackter Busen und die Kamellen von der „Verfassungsfeindlichkeit der DKP“.

Die Pressekonferenz mit Bundeskanzler Brandt, an der auch die Minister Eppler, Ehmke und von Dohnanyi teilnahmen, brachte nicht mehr als die altbekannte Zusage der „Prüfung der Sachlagen“.

Warum die Vertriebenenverbände und nicht der VDS gefördert würden, wollte da ein Schülerzeitungsredakteur wissen. Der Bundeskanzler, der am Tage nach der Ratifizierung der Ostverträge mit solchen Fragen wohl kaum rechnete, hatte den Eindruck, „daß die zuständigen Ministerien sich mehr und mehr dahin orientieren, statt allgemeiner Förderungen, bei denen man nicht weiß, wofür das Geld ausgegeben wird, die ostdeut-

sche Kultur — die nicht wegzudenken ist aus dem Leben des Landes — das Volk in seiner Gesamtheit zu fördern“!

Herr von Dohnanyi, der sich angesprochen fühlte, wußte dann auch kaum mehr zu berichten, als „das, was wir im Bundestag immer wieder erklärt haben“. Nur schien er inzwischen erhabend erfahren zu haben, daß „Herr Christoph Strawe vom Spartakus die Zustände in der reformunwilligen DDR für vorbildlich hält“. Informationslücken konnte der Bundeskanzler bei sich selbst ausfüllen, als ein Lehrling ihm vom Dreistufenplan bei Krupp berichtete; seine Autorität als Leiter der Pressekonferenz konnte Günther Grass spielen lassen, als er es in energischem Ton verbot, Ausdrücke wie „Bonzen“ zu gebrauchen. „Bosse“ hatte der Lehrling zwar gesagt, „Bonze“ war vielleicht die adäquate Reaktion beim Namen „Krupp“.

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Erhard Eppler, angesprochen auf die Berufsverbote für „linke“ Lehrer: „Wir können von diesen Leuten doch nicht mit reinem Gewissen verlangen, daß sie Dienst für einen Staat leisten, dessen Verfassung sie ablehnen.“

Die Kosten der Veranstaltung trug „dank guter Kontakte“ das Bundespresse- und Informationsamt. 15 000 Mark Steuergelder für Wählerwerbung auf einer Ebene, die kritische Lehrlings- und Schülerzeitungsredakteure nur enttäuscht verlassen konnten.

REINHARD BERLIN

deutsche volkszeitung nr. 24 vom 8. juni 1972